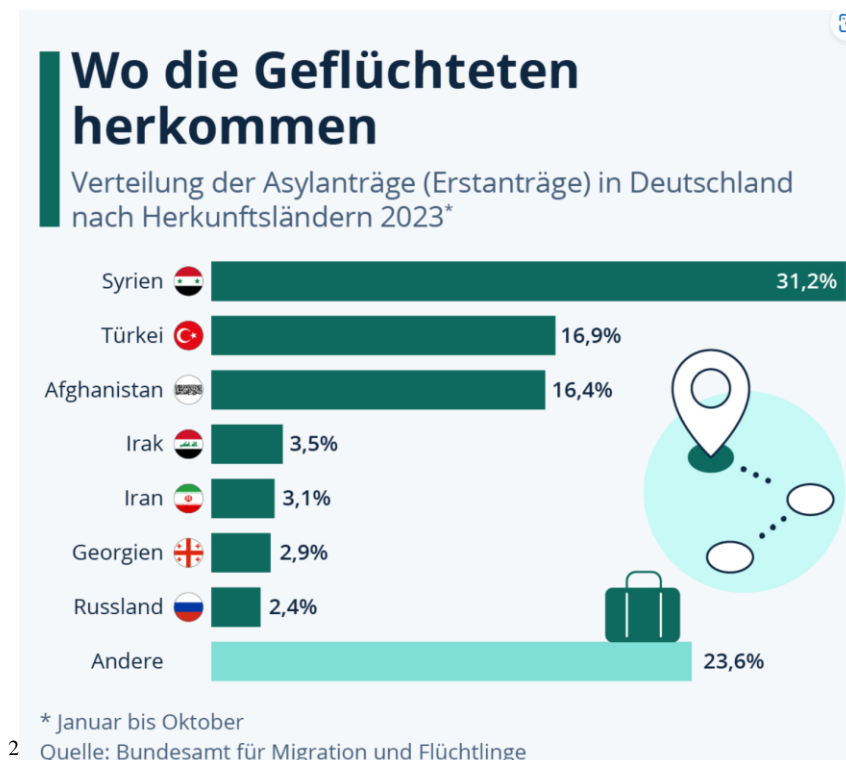


# Die Sorgen der Menschen und der Kommunen ernst nehmen

## Wie können Humanität und Zuwanderung bei der Migration zusammengebracht werden?

Viele Menschen machen sich völlig zurecht Sorgen, wie unser Land den großen Andrang von Flüchtlingen bewerkstelligen kann. Im Zeitraum Januar bis November 2023 haben insgesamt 325.801 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt (304.581 Erst- und 21.220 Folgeanträge). Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (189.998 Erstanträge) bedeutet dies einen Anstieg um 60,3 Prozent<sup>1</sup>. **In vielen Städten und Gemeinden sind die Kapazitäten erschöpft.** Es gibt wieder Planungen, Turnhallen für den allgemeinen Sport oder den Schulsport zu schließen, weil das die einzige Möglichkeit der Unterbringung ist. Schulen und Kindergärten sowie die kommunalen Finanzen sind extrem belastet. Ein Drittel der Asylanträge, die in der gesamten EU gestellt werden, werden in Deutschland gestellt. Die meisten Asylanträge in Deutschland stellten Menschen aus Syrien, Türkei, Afghanistan, Irak, Iran, Georgien, Russland, Somalia und Eritrea.



<sup>1</sup> [https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2023/231207-am-asylgeschaefsstatik-november-2023.html](https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2023/231207-am-asylgeschaefsstistik-november-2023.html)

<sup>2</sup> <https://de.statista.com/infografik/17137/herkunftslaender-der-asylbewerber-in-deutschland/>

Nach Auskunft von EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen<sup>3</sup> wird in den Prüfverfahren festgestellt, dass es **nur bei 42% der Antragsteller einen Asylgrund oder einen anderen Anspruch nach Genfer Flüchtlingskonvention gibt. Das heißt, die Mehrheit der Antragsteller sollten sich nach geltendem Recht nicht in der Europäischen Union befinden.** Nach Auskunft unseres Sprechers im zuständigen Ausschuss bleiben vier von fünf Menschen, die eigentlich kein Recht dazu haben, in der Europäischen Union und verlassen sie weder freiwillig noch werden sie abgeschoben. Weil ich selbst jahrelang in der Kommunalpolitik gearbeitet habe, nehme ich die Sorgen der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sehr ernst.

Persönliche Erfahrung:

Von 1989 bis 1994 war ich Ratsmitglied in meiner Heimatgemeinde Bestwig im Hochsauerlandkreis. Damals waren die Kommunen zum ersten Mal durch Asylbewerber überlastet und wir mussten oft in jeder Ratssitzung neu entscheiden, welche Schule oder welche Turnhalle für den Normalbetrieb geschlossen werden, weil wir dort Flüchtlinge unterbringen mussten. Die Situation entspannte sich durch den Asylkompromiss, der damals von der CDU/CSU geführten Bundesregierung mit der sozialdemokratischen Fraktion ausgehandelt wurde und zu einer Grundgesetzänderung führte.

Als überzeugter **Christ** bin ich davon überzeugt, **dass jedem Menschen eine Würde zukommt.** Gerade die CDU als C-Partei muss mit dem Thema sorgfältig umgehen. Gleichzeitig stimmt der Satz des früheren Bundespräsidenten und evangelischen Theologen **Joachim Gauck: „Unser Herz ist groß, aber unsere Mittel sind begrenzt“.** Es muss vor allen Dingen klar sein, dass in der jetzigen Situation nicht diejenigen nach Deutschland und Europa kommen, die unseren Schutz am nötigsten brauchen. Nicht humanitärer Organisationen oder unabhängige Gremien oder demokratisch gewählte Institutionen entscheiden, **wen wir aufnehmen, sondern die Schlepperinnen und Schlepper.** So wichtig es ist, den Menschen in Afghanistan zu helfen, so sehr stellt sich doch die Frage, warum 80% der Menschen, die aus Afghanistan nach Deutschland kommen, Männer sind, wo doch die Frauen in diesem Land eindeutig am meisten leiden. Auch bei den Menschen, die aus für sie persönlich berechtigten Gründen nach Deutschland und Europa kommen, weil sie sich ein besseres Leben wünschen, helfen wir nicht den Ärmsten der Armen, sondern denjenigen, die das Geld haben, die Schlepper zu bezahlen und die stark genug sind, sich durchzuschlagen.

---

<sup>3</sup> Rede bei Fraktionsklausurtagung der EVP Fraktion am 28.9.

## **Flüchtlinge aus der Ukraine als Sonderfall**

Die Menschen, die vor Putins Krieg zu uns geflüchtet sind, werden von den meisten Menschen zu recht als ein besonderer Fall betrachtet. Die Ukraine ist in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und wir haben deshalb eine ganz besondere Verantwortung. Es sind vor allem Frauen mit Kindern gekommen, weil die Männer in der Ukraine kämpfen. Unabhängig davon belasten diese Menschen auch den Wohnungsmarkt und bringen Herausforderungen in Schulen und Kindergärten mit sich. Zwei Jahre nach Kriegsbeginn muss, allerdings mehr getan werden, um auch für die Menschen, die aus der Ukraine stammen, Anreize zu schaffen, sich stärker im Arbeitsmarkt zu engagieren. Die sehr großzügige Auszahlung von Bürgergeld ist sicher eine Ursache dafür, dass in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nur eine Minderheit der Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, arbeitet und eine Mehrheit von sozialen Transferleistungen lebt. Umso wichtiger ist es, dafür zu sorgen, dass Menschen aus anderen Regionen der Welt, die kein begründetes Schutzinteresse nach Deutschland und europäischen Recht haben, davon abzuhalten, sich auf den gefährlichen Weg übers Mittelmeer zu machen.

## **Europäische Lösung zum Greifen nah - historischer Kompromiss möglich**

Seit vielen Jahren ringt Europa um einen Kompromiss. Die Europäische Kommission hat in der Verantwortung von Präsidentin Ursula von der Leyen und Vizepräsident Margaritis Schinas - beide gehören der christdemokratischen EVP an - schon am 23. September 2020 ein umfassendes Paket vorgelegt. Dort sind im Wesentlichen zwei Prinzipien berücksichtigt:

1. **Ein deutlich besserer Schutz der Außengrenzen.** Insbesondere sollen Zentren an den Außengrenzen errichtet werden, in denen Menschen, die aus Ländern stammen, die eine niedrige Anerkennungsquote haben, in einem zügigen Verfahren abgearbeitet werden und im Falle einer negativen Entscheidung zurückgeschickt werden.
2. Soll ein **Verteilmechanismus** für Flüchtlinge in der Europäischen Union beschlossen werden, um die Last annähernd gleich zu verteilen. Im Detail sah der Vorschlag insbesondere vor:

- die Eurodac-Verordnung (Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken),
- die Screening-Verordnung (Abnahme von Fingerabdrücken, Gesundheits- und Sicherheitscheck),
- das reformierte Grenzverfahren,
- die Asyl- und Migrationsmanagementverordnung (in welcher die Solidaritätsfrage steckt),
- sowie der Krisenmechanismus

Eine Reihe von weiteren Gesetzesvorschlägen ist Teil des Paktes, war aber nicht zu umstritten und wurde deshalb schon vor vielen Monaten angenommen. Im Dezember haben sich die Institutionen auf einen Kompromiss zu allen Gesetzestexten verständigt. Dieser wird am kommenden Mittwoch im Europäischen Parlament zur Abstimmung gestellt. Der Ausgang der Abstimmung ist keine Formsache. Vielmehr wird eine knappe Abstimmung erwartet, da Linke,

Grüne und Teile der Liberalen dagegen stimmen werden und auch die meisten rechten Parteien sich dem Kompromiss nicht anschließen werden. Ich gehe trotzdem von einer, wenn auch knappen, Mehrheit aus.

## **Die Verzögerungstaktik der Sozialdemokraten und der Grünen führt dazu, dass durchgreifende Effekte erst in ein paar Jahren erzielt werden können. Unter anderem deshalb sind nationale Maßnahmen unumgänglich**

Der Kompromiss muss, wenn er vom Parlament und Rat angenommen worden ist, selbstverständlich noch umgesetzt werden, und insbesondere der Aufbau von Zentren an den Außengrenzen bedarf natürlich einer sorgfältigen Vorbereitung. Die vollen Effekte des Kompromisses werden sich also erst in einigen Jahren zeigen. Für die Probleme in der Zwischenzeit tragen diejenigen die Verantwortung, die die Diskussion in den letzten dreieinhalb Jahren verzögert haben. Es ist bekannt, dass die deutschen Grünen in der Frage der europäischen Flüchtlingspolitik massiv zerstritten und zerrissen sind. Während Annalena Baerbock als Außenministerin den Kompromiss mitverhandelt hat und Co-Vorsitzender Omid Nouripour ihn unterstützt, haben die Co-Vorsitzende Ricarda Lang, die jungen Grünen und viele andere massiv Kritik geübt. Die Kritik wird auch in weiten Teilen der grünen Fraktion des Europäischen Parlaments geteilt, was die Verhandlungen sehr schwierig macht. Bisher wenig bekannt ist, dass auch die **SPD-Gruppe** im Europäischen Parlament und die Sprecherin der gesamten Sozialdemokraten aus ganz Europa im zuständigen Innenausschuss, die **SPD-Abgeordnete Birgit Sippel**, den Vorschlag lange blockiert haben - „**Wir waren schon mit dem Vorschlag der Kommission nicht völlig einverstanden. Was der Rat auf den Weg gebracht hat, ist eine weitere Verschärfung**“ (16.06.2023)<sup>4</sup>. **Am Ende haben sowohl die Grünen in der deutschen Bundesregierung als auch Frau Sippel und die anderen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament im Wesentlichen das akzeptiert, was Ursula von der Leyen, der zuständige Vizepräsident Margarita Schinas und wir als EVP-Fraktion schon seit 2020 fordern.**

## **Was jetzt geschehen muss?**

### **1. Der Kompromiss muss von Parlament und Ministerrat so schnell wie möglich formal angenommen werden und so schnell wie möglich umgesetzt werden**

Sozialdemokraten, Grüne und Linke im Europäischen Parlament sollten ihre Bedenken angesichts der dramatischen Lage zurückstellen. Die historische Chance darf nicht durch Ideologie verpasst werden.

### **2. Partnerschaftsabkommen mit Drittstaaten zur Migration inklusive Rückführung von Flüchtlingen**

Es ist wichtig, dass die Europäische Union ein Abkommen mit der **Türkei** gemacht hat, um vor allem den syrischen Flüchtlingen vor Ort besser zu helfen und gleichzeitig die Zahl der Menschen, die nach Europa kommen, zu reduzieren. Es muss versucht werden, dieses

---

<sup>4</sup> <https://vorwaerts.de/artikel/eu-asylreform-noch-harte-verhandlungen-bevorstehen>

Abkommen wieder mit Leben zu erfüllen. Das war der wesentliche Grund dafür, dass die Zahlen zwischen 2016 und 2020 erheblich zurückgegangen sind. Ähnliche Abkommen müssen mit den **nordafrikanischen Staaten** geschlossen werden und die EU ist dabei insbesondere mit Tunesien, von wo zurzeit die meisten Flüchtlinge nach Italien kommen, auf einem guten Weg. Wir können uns unsere Partner in der Welt leider nicht immer aussuchen. Um Probleme zu lösen, muss man auch mit Regierungen reden, die unsere Menschenrechtsstandards nicht einhalten. Natürlich muss in jedem Gespräch auf Humanität und Menschenrechte hingewiesen werden. Weder die Gespräche noch die Abkommen können davon abhängig gemacht werden, dass die Situation nach unseren Vorstellungen perfekt ist.

### **3. Es muss zügig an Lösungen gearbeitet werden, um Asylverfahren auch in Drittstaaten durchführen zu können.**

Dies hat die Ministerpräsidentenkonferenz am 06.03.2024 auf Antrag von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst beschlossen, und es wird sowohl von CDU/CSU als auch von der EVP in ihrem Wahlprogramm gefordert. Der Migrationsforscher Gerald Knaus hat eindrucksvoll dargelegt, dass dies ein wichtiger Teil der Lösung ist, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden.

### **4. Nationale Maßnahmen, die sich in anderen Ländern bewährt haben**

Auch wenn der Kompromiss auf europäischer Ebene zügig beschlossen wird, wird er nicht unmittelbar zu einer dramatischen Entlastung führen, da die Regeln zunächst umgesetzt werden müssen. Es erschließt sich von selbst, dass Zentren an den Außengrenzen nicht in einer Woche aufgebaut werden können. Daher ist **es in der Übergangszeit dringend erforderlich, Maßnahmen auf nationaler Ebene zu treffen.**

Dazu gehört:

A) Die **Beibehaltung der stationären Grenzkontrollen**: Nach langem Widerstand, insbesondere von Innenministerin Nancy Faeser, hat die Bundesregierung im Oktober dem Druck von CDU und CSU nachgegeben. Allein im ersten Monat der Grenzkontrollen wurden etwa 14.600 illegale Grenzübertritte erfasst, und ca. 340 Schleuser konnten gefasst werden. Die Maßnahmen müssen so lange aufrechterhalten werden, bis der europäische Kompromiss seine volle Wirkung entfaltet hat.

Persönliche Erfahrung:

Seit 2015 war, war ich des Öfteren in Österreich im Urlaub. Das Maximum, was ich an der Grenze erlebt habe, war eine Warteschlange von drei bis vier Autos und eine Verzögerung von zwei Minuten. In der Regel kann man durchfahren aber verdächtige Fahrzeuge, zum Beispiel Transporter, bei denen man nicht sehen kann, was hinten drin ist, werden kontrolliert.

B) **Sofort mehr Hilfen für die Kommunen vom Bund**. 2016 hat der Bund noch etwa 40 Prozent der Kosten für Flüchtlinge übernommen, 2022 sind es nur noch 23 Prozent gewesen und im Jahr 2023 liefen die Zusagen auf etwa 19 Prozent hinaus<sup>5</sup>. Auch wenn die finanziellen Mittel auf allen Ebenen knapp sind, muss klar sein, dass der Bund hier

<sup>5</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-unterbringung-101.html>

in der Verantwortung steht. Flüchtlingspolitik ist in erster Linie Bundessache und die zögerliche Haltung der Bundesregierung führt zu unmittelbaren Belastungen der Kommunen. Während der CDU/CSU geführten Bundesregierung gab es pro Kopf Geflüchteten deutlich mehr Mittel.

**C) Die zügige Festlegung von weiteren sicheren Drittstaaten.** Nach langem Zögern hat sich die Ampel darauf geeinigt, Moldawien und Georgien als sichere Drittstaaten einzustufen. Diese Länder wollten das schon länger und sind Beitrittskandidaten zur Europäischen Union. Immer noch gibt es Widerstand der Grünen gegen die Anerkennung der Maghreb-Staaten (Tunesien, Algerien, Marokko), sowie Indien als sichere Drittstaaten. Auch wenn die Mehrheit der Ankommenden aus anderen Ländern kommt, so muss doch jede Möglichkeit der Entlastung für die Kommunen genutzt werden.

**D) Zügige Überprüfung der Sozialleistungen für Geflüchtete.** Ein Drittel der Asylanträge in der gesamten Europäischen Union werden in Deutschland gestellt. Nach Ansicht vieler Experten und vieler meiner Kollegen im Europäischen Parlament liegt das an den sehr hohen Sozialleistungen in Deutschland. **Auf dieses Problem hat Friedrich Merz zurecht hingewiesen<sup>6</sup>.** Viele Kollegen sind skeptisch bezüglich einer besseren Verteilung der Flüchtlinge in der Europäischen Union, weil sie sagen: „Die Leute wollen doch nach Deutschland“. Deswegen muss hier dringend geprüft werden, was auch angesichts der Verfassungsrechtsprechung möglich ist. Die Umstellung von Geldleistungen auf Sachleistungen oder Bezahlkarten ist ein wichtiger Punkt, und es ist bedauerlich, dass auch dieser Beschluss von der Ampelregierung erst nach vielen Monaten der Verzögerung gefasst wurde.

**5. Fluchtursachenbekämpfung.** Seit über 30 Jahren engagiere ich mich in der Entwicklungshilfe, unter anderem als stellvertretender Vorsitzender des Vereins Esperanza, der Schulen in Guatemala baut<sup>7</sup>. Seit vielen Jahren bin ich darüber hinaus Mitglied des Kuratoriums in der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW). **Mit meinem Engagement** für Pakistan habe ich schon als Schüler Entwicklungshilfe unterstützt. Als Mitglied des Kolpingwerks engagiere ich mich gemeinsam mit dem europäischen Kolpingwerk für die Hilfe für Menschen in der Ukraine, die innerhalb des Landes vor dem Krieg geflüchtet sind<sup>8</sup>. Bereits 2015 habe ich gemeinsam mit meinem damaligen Kollegen Elmar Brok eine Stabsstelle für Fluchtursachenbekämpfung im Kanzleramt gefordert. Die Illusion, dass jeder, dem es schlecht geht, nach Deutschland beziehungsweise Europa kommen kann, löst kein Problem in den Herkunftsländern. Wir haben aber eine moralische Verantwortung, gerade als Partei mit dem C im Namen, den Menschen vor Ort möglichst gut zu helfen. Mit unserer Flüchtlingspolitik erreichen wir nicht die Frau, die mit ihren Kindern in einem Flüchtlingslager im Sudan lebt und noch nicht mal genug zu trinken, geschweige denn zu essen hat. Deutschland muss seine Leistungen für humanitäre Hilfe erhöhen und wesentlich aktiver sein. Die Kürzung des Entwicklungshilfeetats ist in diesem Zusammenhang ein katastrophales Zeichen. Ich bin im Gespräch mit den Verantwortlichen für Außen- und Entwicklungspolitik sowohl in Berlin als auch in Brüssel, um das Thema intensiv voranzubringen.

---

<sup>6</sup> <https://www.welt.de/politik/ausland/plus247729354/Migration-Nur-in-Deutschland-drohen-abgelehnten-Asylbewerbern-keine-Leistungseinbussen.html>

<sup>7</sup> <https://www.esperanza.de/wie-alles-begann/>

<sup>8</sup> [https://peter-liese.de/images/Spendenaufruf\\_Ukraine\\_Kolping\\_16012023.pdf](https://peter-liese.de/images/Spendenaufruf_Ukraine_Kolping_16012023.pdf)

**6. Trennung von Zuwanderung auf der Basis des Asylrechts und Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.** In der Diskussion wird oft zurecht gesagt, wir brauchen aber doch Zuwanderung. Die Vertreter vor Ort beschreiben jedoch, dass es extrem schwierig ist, die Menschen die über das Asylrecht kommen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auf der anderen Seite ist es extrem schwierig ist die Menschen, die bereits einen Arbeitsvertrag haben, nach Deutschland zu bekommen. Die Abläufe müssen hier effizienter und klarer werden.